

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 18. Juni 2025

Birte Pauls

Demenzversorgung: Betroffene und Angehörige brauchen nachhaltige Lösungen TOP 13: Demenzplan in Schleswig-Holstein zeitnah weiterentwickeln (Drs. 20/3288)

"Es ist schwer, einen geliebten Menschen an die Demenz zu verlieren. Zuschauen zu müssen, wie Menschen sich verändern. Wie der geliebte Ehepartner zwar physisch anwesend ist und doch in einer anderen Welt lebt und die Familie nicht mehr erkennt. Familien, die das erleben, brauchen Hilfe und Unterstützung. Sie brauchen u.a. eine tolerante Gesellschaft, Entlastungsangebote und einen Staat, der im Rahmen seiner sozialen Daseinsvorsorge genau das organisiert.

Deshalb hat sich die Küstenkoalition als erstes Bundesland auf den Weg gemacht, einen landesweiten Demenzplan zu erstellen. Für die Durchführung und Umsetzung danken wir der Alzheimer Gesellschaft und dem Kompetenzzentrum Demenz in Norderstedt ganz herzlich. Sie haben es geschafft, dass das Thema Demenz mehr in den Fokus der Öffentlichkeit und gerückt ist. Aber wir dürfen uns auf den bisherigen Plan nicht ausruhen, denn wir stehen weiterhin vor wachsenden Herausforderungen. Unsere Gesellschaft wird zunehmend vom demographischen Wandel geprägt. Mit der höheren Lebenserwartung steigt die Möglichkeit an Demenz zu erkranken. Wenn keine medizinische Intervention gefunden wird, steigt die Zahl der Demenzerkrankten weiter an. Zurzeit sind ca. 65.000 Menschen in SH betroffen. Mit einem Demenzplan alleine ist es aber nicht getan.

Ich gebe nur 4 Beispiele, wo politisches Handeln dringend erforderlich ist:

1. Wie wollen wir im Alter leben und sind die Quartiere für eine notwendige „Caring Community“ organisiert?

Niemand möchte einsam sein. Fehlende soziale Kontakte fördern dementielle Veränderungen. „Essen auf Rädern“ ist eine gute Sache, aber „auf Rädern zum Essen“ wäre viel besser. Gemeinschaft organisieren, um aufeinander aufzupassen und sich im Blick zu haben. Wir müssen die Gesundheitskompetenz der Menschen auch zur Vorbeugung der Demenz stärken. Als uns der Demenzplan damals vorgestellt wurde, habe ich gesagt „Wenn wir das alles so umsetzen wollen, brauchen wir die gute alte Gemeindeschwester wieder!“ Das wurde von den Expert*innen bejaht. Auch deshalb machen wir wieder und wieder den Vorschlag der „deiner vor Ort für dich

Kraft“, die in den Quartieren aufsuchende und präventive Vernetzungsarbeit leisten soll. Dafür erfahren wir viel Zuspruch.

Sehr schade, dass das Sozialministerium sich nur mit einem kleinem Modellprojekt begnügt.

Zusätzlich schaffen Bildungsangebote in Kitas, in den Schulen, bei der Feuerwehr, im Einzelhandel, bei den Frisören usw. Toleranz für Demenzerkrankte in der Gesellschaft.

2. Haben wir genügend angepassten Wohnraum?

Nein. Wohnungen für Ältere sind so schon schwer zu bekommen und oft zu teuer. Es gibt Leuchtturmprojekte wie z.B. den „Lichthof“ in Husby, eine Hausgemeinschaft für dementiell Erkrankte. Aber diese Angebote sind immer nur zufällig und vom Engagement Einzelner abhängig. Deshalb wollen wir eine landesweite Wohnungsgesellschaft, die auch solche Angebote wohnortnah steuert.

3. Ist die pflegerische und medizinische Versorgung gewährleistet?

Jeder dritte Hausarzt im Land ist über 60 Jahre alt. Die Erreichbarkeit wird besonders im ländlichen Raum immer schwieriger. Deshalb schlagen wir die Unterstützung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren vor. Dort können auch weitere Angebote wie Tagespflege, Physiotherapie und niedrigschwellige Dienstleistungen angesiedelt sein. Auch ein perfekter Ort für die Gemeindegewerkschaft.

Und wir brauchen flächendeckende geriatrische Angebote. Das muss dringend in einem neuen Krankenhausplan festgeschrieben werden. Darauf warten wir allerdings, während die Gesundheitsministerin jetzt plötzlich mit viel Toleranz auf das CDU-geführte Gesundheitsministerium in Berlin wartet.

Gleichzeitig schaut die Günther-Regierung ebenfalls tatenlos zu, wie geriatrische Tageskliniken ersatzlos schließen, wie zuletzt in Oldenburg.

Für die pflegerische Versorgung und die Alltagsbegleitung brauchen wir viele Menschen, bis zum Jahre 2030 alleine ca. 10.000 zusätzliche Pflegefachpersonen. Wir müssen mehr ausbilden und die Pflegepersonen im Beruf halten.

Schulsozialarbeit an den Pflegeschulen würde u.a. helfen, die Abbrecherquote zu reduzieren. Das wurde von der Koalition abgelehnt. Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsqualifikationen dauern viel zu lange.

Stattdessen kürzt die Günther-Regierung die Mietkostenzuschüsse für die Pflegeschulen.

4. Welche Angebote haben wir für Betroffene und ihren An- und Zugehörigen?

Wer 24/7 zuständig ist, braucht regelmäßige Entlastung.

Kurzzeitpflegeplätze ist so ein Entlastungsangebot, das hier im Land aber weiterhin fehlt. Im Evaluationsbericht des Demenzplanes ist zu lesen, „dass es häufig an den finanziellen Ressourcen fehlt, um Angebote umzusetzen oder fortführen zu können.“

Schade nur, dass die Günther-Regierung den Versorgungssicherungsfonds auf null gekürzt hat. Damit hätte man viel Gutes tun können.

Also ja, eine Weiterführung des Demenzplanes in die Zukunft ist dringend erforderlich. Das ersetzt aber kein politisches Handeln!"